

## EU und Föderalismus – eine «vertrackte» Sache

### *Der Berliner Konvent für Deutschland auf der Suche nach Lösungen*

Die EU wird mit einer Vielzahl von Klagen konfrontiert, nicht zuletzt mit jener der Bürgerferne. Auch in Deutschland macht man sich Sorgen über Handlungsfähigkeit und Transparenz des Brüsseler Kolosses. Eine Tagung des Konvents für Deutschland in Berlin hat einige interessante Erkenntnisse über die eigene Handlungsfähigkeit gebracht.

#### *de. Berlin, 6. Dezember*

Eine der häufigsten Klagen im Zusammenhang mit dem europäischen Einigungsprozess ist jene der übermässigen Konzentration der Macht in der EU-Kapitale in Brüssel. Damit gehen Begriffe einher wie Intransparenz, Bürokratismus, Regelungsmanie, Verordnungswildwuchs und gleichsam als Resultierende aller Vorwürfe: mangelnde Akzeptanz in der Bevölkerung. Als Antwort auf den Brüsseler Zentralismus wird in Diskussionen immer öfter eine Rückbesinnung auf föderalistische Prinzipien gefordert, also auf kleinräumigere, bürgernahe und partizipative Strukturen. Man will eine klarere Kompetenzaufteilung. Was nicht unbedingt in Brüssel erledigt werden muss, soll nach unten delegiert werden, auf die Ebene der Einzelstaaten, der Regionen oder gar auf jene der Kommunen.

#### **Transparenz ist nicht teilbar**

Besonders reizvoll ist es, wenn eine solche Diskussion in Deutschland stattfindet, das als ausgeprägt föderalistisches Land eine führende Rolle im europäischen Einigungsprozess spielt. Der Konvent für Deutschland, eine überparteiliche Vereinigung prominenter Vertreter aus Politik und Wirtschaft unter dem Vorsitz des früheren Bundespräsidenten Roman Herzog, hat bei seinem diesjährigen Berliner Symposium vor versammelter deutscher Presse die Frage in den Mittelpunkt gerückt, wie es mit Deutschlands Handlungsfähigkeit in Europa stehe. Dabei stellte sich sehr schnell heraus, dass man im Prinzip über zwei fast spiegelbildliche Themen reden muss, nämlich den Zustand föderalistischer Strukturen in Europa einerseits und – andererseits – den Zustand des Föderalismus in Deutschland selbst. Das war nicht nach dem Gusto aller Teilnehmenden, ist doch seit längerem klar, dass die bundesstaatliche Ordnung in Deutschland dringend der Reform bedarf. Oder anders ausgedrückt: Wer mehr Transparenz in Brüssel fordert, muss auch mehr Transparenz in Deutschland herstellen.

Diese Erkenntnis zog sich fast durch die ganzen Debatten des Berliner Symposiums hindurch. Roman Herzog hatte die Tagung mit einem flammenden Plädoyer für eine klare Trennung der Kompetenzen Brüssels von jenen der 27 Mitgliedsländer der EU eröffnet. Dies bedeutet für ihn



*Die Frage, wer als Stimme des deutschen Volkes bei der EU sprechen soll, ist nicht klar beantwortet. Als Folge der föderalistischen Struktur Deutschlands wollen in Brüssel viele mitreden. MARKUS MATZEL / DAS FOTOARCHIV*

automatisch eine stärkere Delegation von Autorität nach unten. Es sei einfach absurd, rief er aus, dass man für den Wunsch nach einer Festigung der EU Applaus erhalte, während man das Umgekehrte, mehr Kompetenzen für die Einzelstaaten zu fordern, kaum wagen dürfe. Der Präsident der Europäischen Zentralbank, der Franzose Jean-Claude Trichet, widersprach dem nicht, betonte aber, dass es bei der Wirtschafts- und Währungspolitik keine Renationalisierung der Kompetenzen geben dürfe. Damit fand er bei Exponenten der Wirtschaft durchaus Zustimmung.

Bundeskanzlerin Merkel versuchte die Wogen insofern zu glätten, als sie betonte, dass der unter ihrer EU-Präsidentschaft erreichte Kompromiss in der Verfassungsfrage den einzelnen EU-Mitgliedern mehr Kompetenzen einräume. Die Stellung des Europäischen Parlaments sei gestärkt worden, aber auch jene der nationalen Parlamente, die nun mit einer Mehrheit jeden Beschluss der Kommission blockieren könnten. Dies zwingt zu mehr Konsultationen und mehr Transparenz unter den Mitgliedern. Auch erwähnte sie die nun möglichen Referenden, bei denen eine Million Unterschriften beigebracht werden müssen. Merkel meinte aber nachdrücklich, dass man mittlerweile zahlreiche EU-Richtlinien wieder abschaffen und Kompetenzen an die Nationalstaaten zurückgeben könnte.

Es war die ehemalige EU-Kommissarin Monika Wulf-Mathies, die den Finger auf den wunden Punkt legte: Deutschlands Handlungsfähigkeit in Europa werde nicht so sehr durch Probleme mit der EU gelähmt, sondern durch interne deutsch-deutsche Schwierigkeiten. Aus Brüsseler Sicht sei oft nicht klar, wer eigentlich für Deutschland spreche. Fast jedes Bundesland habe einen eigenen Europaminister, einzelne Länder hätten veritable Botschaften in der EU-Zentrale, und auch die einzelnen Bundesministerien verfolgten jeweils eine eigenständige Europapolitik. Es sei

dringend geboten, dass allein die Berliner Bundesregierung in Brüssel auftrete, nachdem sich die Ministerien wie auch die Länder untereinander geeinigt hätten. Die Entscheidungsprozesse müssten unbedingt gestrafft werden, denn man habe es mit immer mehr EU-Ländern zu tun, die jeweils schnell zu handeln vermöchten.

Der soeben aus der Partei der Grünen ausgetretene Finanzexperte Oswald Metzger ortete in Deutschland schwere Versäumnisse in Sachen Europabewusstsein. Alle Reformen, Transparenzmassnahmen und Effizienzsteigerungen blieben wertlos, wenn es der Politik nicht gelinge, in der Gesellschaft mehr Interesse an Europa zu wecken. Dazu gelte es primär, die Angst vor Veränderungen abzubauen, der Bevölkerung also verständlich zu machen, wie sehr auch Deutschland von Europa profitiere. Auch die Politiker in Deutschland lebten in ständiger Angststarre. Europa müsse ein permanentes Diskussions-thema sein, denn es finde dauernd statt.

### Das Heil liegt bei der Gemeinde

Aus dieser Forderung leiteten die in Berlin anwesenden Föderalisten die These ab, dass dies eben nur auf der Gemeindeebene möglich sei. Politik, also auch die Diskussion über europäische Fragen, müsse in grösstmöglicher Bürgernähe stattfinden. Der ehemalige baden-württembergische

Ministerpräsident Erwin Teufel etwa lancierte einen leidenschaftlichen Appell zugunsten der Subsidiarität, ja er forderte gar eine Beweis-pflicht für all jene, die die Verschiebung einer Kompetenz nach oben anstrebten. Europa müsse wieder «heruntergebracht» werden; der Umfang des Acquis communautaire, der Gesamtheit aller Rechts- und Verwaltungsnormen der EU, müsse reduziert werden. Woran aber fehlt es denn in Deutschland? Teufel beantwortete die Frage damit, dass der Bund eben noch täglich den Ländern

und Kommunen dreinreden könne. Dagegen könne man einfach nichts tun. Herzog seinerseits hatte von einer «vertrackten Sache» gesprochen.

Oder gibt es doch Auswege? Der Banker Hugo Bänziger (Vorstandsmitglied der Deutschen Bank) rezitierte in schweizerischer Nüchternheit sein simples Credo: Erstens müsse alle Macht bei den Bürgerinnen und Bürgern liegen, was echte Subsidiarität ausmache. Dies sei in der Schweiz der Fall, und auch die Deutsche Bank habe das nach der Krise von 1996 gelernt. Zweitens brauche es einen schlanken, effizienten Staat, der alles möglichst weit nach unten delegiere. Und schliesslich müsse sich, so Bänziger, fortschrittliches Denken durchsetzen. Es brauche mehr Wettbewerb und eine grössere Vielfalt an Ideen. Der Steuerwettbewerb sei eine hervor-

ragende Sache. In der Schweiz sei dies gleichsam genetisch verankert. Auch die USA funktionierten in diesem Sinne, weshalb sie so vital, flexibel und lösungsorientiert seien. Leicht maliziös fügte Bänziger hinzu: auch im Umweltschutz, namentlich in Kalifornien.

Dies mag lässig-provokant gewesen sein, traf aber den Kern der Diskussion über die Handlungsfähigkeit Deutschlands in Europa. Wenn dieses im Innern unter Kompetenzwirrwarr und Reibungsverlusten leidet, wird es auch in einem grösseren Verbund nicht auf schlanke Strukturen pochen können und wollen. Die seit Jahren in Deutschland laufenden und bis heute erfolglosen Diskussionen über eine Reform des Finanzföderalismus zeugen davon.